

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 03.02.2011
Sitzung Nummer:	12 (KT/12/2011)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:23 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzende/r

Gabriela Grimm
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Berlin

Herr Dieter Bolle

bis 18.05 Uhr

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Uwe Classe

Herr Gerald Eisenhut

Herr Jürgen Emanuel

Herr Marcus Graubner

ab 17.30 Uhr

Herr Horst Janas

Herr Ernst Jesse

Herr Uwe Klemm

Herr Rüdiger Kloth

Herr Norbert Krebber

Herr Peter Krüger

Herr Wolfgang Kühnel

Herr MR Dr. Volkmar Lischka

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Christine Paschke

Herr Bernd Prange

bis 18.20 Uhr

Herr Hartmuth Raden

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Gerd Schlaak

bis 18.20 Uhr

Herr Waldemar Schreiber

Herr Eduard Stapel

Herr Eike Trumpf

ab 17.10 Uhr

Frau Ulrike Weis

Herr Torsten Werner

ab 17.20 Uhr

Herr Frank Wiese

Herr Bernd Witt

Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth

Frau Annemarie Theil

Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Günter Bartels
Herr Ralf Bergmann
Herr Dr. Jörg Böhme
Herr Detlef Braune
Herr Hardy Peter Güssau
Herr Dr. Michael Kühn
Frau Katrin Kunert
Herr Herbert Luksch
Frau Dr. Helga Paschke
Herr Detlef Radke
Herr Günter Rettig
Herr Tiemo Schönwald
Herr Nico Schulz
Herr Norbert Tanne
Herr Tilman Tögel

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 11. Sitzung des Kreistages Stendal am 16.12.2010
- 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 11. Sitzung des Kreistages Stendal am 16.12.2010
- 6 Informationen des Landrates zur Hochwassersituation 2011 im Landkreis Stendal
- 7 Mitgestaltung des Kreistages bei der Entwicklung und Arbeit des Jobcenters Stendal
- Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 194/2010
- 8 Umsetzung der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)
Vorlage: 195/2010
- 9 Entsendung weiterer Vertreter des Landkreises Stendal in den Aufsichtsrat der ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH Stendal
Vorlage: 210/2010
- 10 Anfragen und Hinweise

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17.00 Uhr die 12. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Wortmeldungen.

**zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreis-
tagsmitglieder und der Tagesordnung**

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 21. Januar 2011,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 33 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur Tagesordnung bemerkt der Vorsitzende, dass im öffentlichen Teil ein neuer Tagesordnungspunkt 6 aufgenommen werden soll. Der Landrat will aus aktuellem Anlass zur Hochwasserlage im Landkreis Stendal informieren. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändern sich in der Nummerierung entsprechend.

Dagegen erhebt sich seitens des Kreistages kein Widerspruch.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Mit o. g. Zusatz stellt der Vorsitzende die veränderte Tagesordnung fest.

**zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 11. Sitzung des Kreistages Stendal
am 16.12.2010**

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwende gegen die Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 11. Sitzung des Kreistages Stendal am 16.12.2010 fest.

zu TOP 5 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 11. Sitzung des Kreistages Stendal am 16.12.2010

Der Vorsitzende gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss der 11. Sitzung des Kreistages am 16.12.2010 (DS-Nr. 186/2010) bekannt.

zu TOP 6 Informationen des Landrates zur Hochwassersituation 2011 im Landkreis Stendal

Der Landrat denkt, dass das Schlimmste beim Hochwasser überstanden ist. Innerhalb von 9 Jahren ist es das dritte mal eine außerordentlich komplizierte Situation gewesen, die wir in den letzten drei Wochen durchstehen mussten. Auf die Erfahrungen der zurückliegenden Hochwasser konnten wir zurückgreifen. In den 9 Jahren sind

zahlreiche Deichsanierungsbaumaßnahmen erfolgt bzw. Hochwasserschutzanlagen gebaut worden. Diese Maßnahmen sind voll zum Tragen gekommen.

Beim jetzigen Hochwasser war es nicht so sehr der Pegel der Elbe, sondern es war in besonderer Weise der Rückstau in den Nebenflüssen des Alandes, des Zehrengrabens, der Havel und natürlich auch der Tangerniederung bei Tangermünde, der uns zu schaffen machte. In der Zeit vom 17.01. bis 25.01. wurde bei uns im Haus der Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) aktiviert, um anstehende Maßnahmen zu koordinieren und auf den Weg zu bringen. Das Hochwasser in diesem Jahr ist ja vergleichbar mit dem von 2006, nur mit dem Unterschied, dass durch die Niederschläge im Herbst letzten Jahres und insbesondere durch die Schneeschmelze Anfang dieses Jahres eine noch viel kompliziertere Situation eingetreten war. Das hat sich darin ausgedrückt, dass die Garbe- und Wrechowpolder am Aland schon in gewisser Weise gefüllt waren und wir nicht wussten, wie groß die Stapelkapazität noch sein wird.

In der Tangerniederung kam es zum Überfluten des „Onkel-Toms-Hütte-Deiches“ bei 6,50 m. Wir haben hier mit den konkreten Erfahrungswerten der Stadt Tangerhütte aus dem Jahr 2006 arbeiten können. Erstmals kam der komplett neu gebaute Deich um Elversdorf zum Tragen. Gemeinsam mit den Gemeinden Demker und Weißewarte haben wir die Gräben abgeriegelt. Im Ort Demker wurden kleine Pumpstationen errichtet. An der einen oder anderen Stelle sind an den Straßen Verwallungen gebaut worden, sodass es uns gelungen ist, den Ortskern vor Überflutungen zu bewahren.

Im Bereich des Alandes war von der Größenordnung die gefährdetste Stadt Seehausen. Auf Erfahrungswerte von 2006 konnte man nur bedingt zurückgreifen. Die hier eingeleitete Maßnahme war im Bereich der Gemeinde Pollitz eine 2,6 km lange Deichbaustelle am Aland. In einer 72 Stunden Tag- und Nachtaktion wurden an der Deichbaustelle zur Stabilisierung des Deichfußes ca. 30.000 Tonnen Sand verarbeitet. Diese Aktion war erfolgreich. Als nächste unmittelbare Maßnahme wurde dann eine Flutmulde des Alanddeiches linksseitig zum Wrechow geschlossen und der Deich mit Sandsäcken erhöht. Für diese Deicherhöhungsmaßnahme mit Sandsäcken kamen uns für zwei Tage ca. 60 Kräfte der Bundeswehr zur Hilfe.

Es wurde gewährleistet, dass solange der Aland noch in die Elbe abfließt, der Wrechow-Polder nicht geflutet wird. Dadurch wurde eine zusätzliche Stapelkapazität von ca. 2 Tagen erreicht. Die Hoffnung bestand, dass diese Zeitspanne, gemeinsam mit der Kapazität der Garbe, zur Stapelung ausreicht, den Wasserstand weitestgehend zu halten, um Seehausen zu schützen. Das Alandabsperwerk war knapp eine Woche geschlossen. Die Stapelkapazität war ausreichend, sodass wir trotz einiger Überflutungen die Stadt Seehausen und die angrenzenden Gemeinden schützen konnten.

Die Havel hatte vor der eigentlichen Hochwasserwelle schon einen hohen Wasserstand geführt. Deshalb war hier die Frage, ob die Stapelkapazität ausreichen würde. Da sich die Vorhersage des Elbepegels in den letzten Tagen vor dem eigentlichen Pegel mehrmals änderte, stand des Weiteren die Frage, ob das Quitzöbeler Wehr geöffnet werden soll. Das Öffnen des Wehres brauchte dann aber nicht durchgeführt werden. Der Anstieg der Havel war insofern bedenklich, da man bei einem Pegelstand von 4,15 m mit Problemen der Abwassersituation auf der Stadtinsel zu rechnen hatte. Tatsächlich erreicht hat die Havel ein Pegelstand von 4,39 m. Mit einigen örtlichen Maßnahmen konnte die Situation dort aber beherrscht werden.

Aufgrund des Rückstaus und Nichtabflusses gab es dann natürlich, wie auch 2006, eine außerordentlich schwierige Situation im Bereich des Zehrengrabens. In diesem Bereich steht kein Absperwerk zur Verfügung. Im Frühjahr 2006 wurde eingeschätzt, dass 1.200 ha landwirtschaftliche Nutzfläche durch Rückstau und Überflutung unter Wasser standen. Im Moment wird eingeschätzt, dass im Bereich Seege-Zehrengraben ca. 2.200 bis 2.400 ha landwirtschaftliche Nutzfläche unter Wasser stehen und hier das Schlimmste eben noch nicht überstanden ist, weil wir nicht wissen, wann es abfließt. Auch aus Sicht der Landwirte kann heute keiner sagen, welche Schäden an den landwirtschaftlichen Nutzflächen, insbesondere an den Herbstsaaten, entstanden sind bzw. in den nächsten Tagen noch entstehen.

Zu Beginn des Pegelanstiegs gab es Probleme mit der Bereitstellung von Deichläufern. Das Problem hat sich dann im Laufe der Tage gelöst. Es ist aber für unseren Landkreis ein gewaltiges Problem. In den Spitzenzeiten war eine maximale Anzahl von 440 Deichläufern im Landkreis Stendal im Einsatz. Wir wollen, wenn sich die Hochwasserlage beruhigt hat, die Bürgermeister zu einer Auswertungsgesprächsrunde einladen, um abzustimmen, wie wir das zukünftig noch besser organisieren können bzw. was man tun kann, um noch mehr Leute zu aktivieren, die ihre Bereitschaft erklären, für diese Aufgabe zur Verfügung zu stehen. Deichläufer sind beim Hochwasser notwendig. Aber gerade beim Winterhochwasser kommt diesen Deichläufern eine besondere Bedeutung zu, weil mehr Schwemmgut vorhanden ist, weil die Deiche durch die Niederschläge aufgeweicht sind

und weil es verstärkt Schäden durch Bieberbauten gibt. Gerade durch diese konsequente Arbeit der Deichläufer, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachleuten, konnten aber Schäden verhindert werden.

Bei einer solch schwierigen Hochwassersituation muss auf ein striktes Deichbetretungsverbot geachtet werden. Hier haben wir uns sehr intensiv mit der Polizei verständigt. Nicht nur der Deich selber, sondern auch die Deichverteidigungswege etc. dürfen nicht durch schaulustige Hochwassertouristen behindert werden. Natürlich müssen die Deichbausanierungsmaßnahmen konsequent fortgesetzt werden. Ich will es nicht als Forderung verstanden wissen, weil ja in den letzten 9 Jahren hier sehr viel geschehen ist. Ostelbisch ist aber ein Großteil der eigentlichen Elbdeiche noch nicht saniert. Westelbisch müssen die angefangenen Maßnahmen im Bereich des Alandes konsequent fortgesetzt werden. Das, was im Bereich der Tangerniederung mit dem Deich um Elversdorf begonnen wurde, muss in Richtung Demker und teilweise Weißewarte fort gesetzt werden, um den Leuten dort die entsprechende Sicherheit zu geben.

In den letzten Tagen hat in den Medien die Problematik Grundwasser eine große Rolle gespielt. Natürlich ist es auch bei uns ein Thema. Wenn man aber sieht, dass zahlreiche Flächen überflutet sind, dann brauchen wir über Grundwasser nicht so sehr reden. Im Speziellen hat sich aber hier gezeigt, dass insbesondere um die Gemeinde Schelldorf eine komplizierte Situation entstanden ist. Einerseits natürlich durch das Grundwasser, andererseits durch das Sickerwasser der Elbe. Hier hat die Gemeinde eine Pumpstation mit Unterstützung des THW errichtet. Es wurde versucht, einen gewissen Wasserstand zu halten. In der Gemeinde hat sich jetzt ein Aktionsbündnis gegründet. In 14 Tagen wird es dort einen Vororttermin geben. Man will sich zusammensetzen und beraten, wie man mit kleinen und kurzfristigen Maßnahmen erreichen kann, in den nächsten Tagen und Wochen eine spürbare Entlastung für die Bürger der Gemeinde Schelldorf zu erreichen.

Im Bereich des Zehrengrabens ist geplant, ein Abschlussbauwerk bei Bömenzien zu errichten. Hierzu laufen auch schon seit längerer Zeit Planungen, die sehr weit fortgeschritten sind. Leider gibt es Genehmigungsprobleme, weil ein Widerspruch vorliegt. Gestern hatte ich ein Gespräch mit dem Direktor des LHW. Wir wollen uns in den nächsten Tagen zusammensetzen, wie die Genehmigung voran getrieben werden kann, denn für mich ist das Brisanteste aus Sicht der Betroffenen, insbesondere der Landwirte, was man im Rahmen der Genehmigung beschleunigen kann, um schon in den nächsten Monaten mit dem Baubeginn dieses Absperrwerkes nördlich von Bömenzien zu beginnen.

Die durch das Hochwasser entstandenen Kosten sind überschaubar. Wir haben unsere Leistung größtenteils mit unseren eigenen Leuten realisieren können. Die Gemeinden größtenteils mit Freiwilligen und Verwaltungsmitarbeitern. Das, was tatsächlich an Materialkosten als größte Position entstanden ist, übernimmt der LHW. Aus heutiger Sicht kann gesagt werden, dass die Kosten für das Hochwasser den Haushaltsplan nicht sprengen werden.

Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit: Für Anfragen und Hinweise ist durch den Landkreis ein Bürgertelefon geschaltet worden. Den Medien wurde eine tägliche Pressekonferenz angeboten. Natürlich haben wir auch im engen Kontakt mit unseren kommunalen Brüdern und Schwestern gestanden. Und wenn Anrufe kamen, man wolle Sandsäcke haben, dann haben wir sie zur Verfügung gestellt, um nach außen hin zu dokumentieren, dass man sich kümmert und dass es nicht an Sandsäcken oder an ähnlichen anderen Materialien fehlt. Wir werden jetzt auch eine Art Inventur durchführen, um zu sehen, was gebraucht worden ist. Es sind ca. 12.000 bis 14.000 Sandsäcke befüllt worden. Ein Teil steht noch ungenutzt als Reserve. Nach Sichtung des Bestandes entscheiden wir, ob wir unsere Lager auffrischen müssen oder ob es erst einmal so bleiben kann.

Der Vorsitzende des Kreistages möchte im Namen des Kreistages allen Helfern, die an der Bekämpfung des Hochwassers teilgenommen haben, den Dank aussprechen. Der Einsatz der Helfer ist nicht selbstverständlich. Wir haben gehört, wie schwierig die Lage war. Recht herzlichen Dank an alle, die geholfen haben.

Frau Braun möchte sich zunächst den Dankesworten anschließen.

Des Weiteren will Frau Braun zur Hochwasserproblematik etwas sagen. Fachleute meinen ja, jedes Hochwasser ist anders. Die letzten Hochwasser haben immer wieder gezeigt, dass man nichts voraus ahnen und planen kann. Nichtsdestotrotz bin ich aber der Auffassung, dass man die Gemeinden und die Städte mit dieser Problematik nicht alleine lassen kann. Die Zuständigkeiten sind hier unterschiedlich – einmal ist das Land zuständig, dann der Landkreis, dann sind es die Städte und Gemeinden. Man muss es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe eines Landes sehen. Die daraus resultierende Kostenentwicklung muss in einem Fonds gebündelt werden. Man kann

nicht sagen, weil nun in Demker, in Elversdorf oder in Schelldorf das Wasser ist, müssen sie auch für die Kosten aufkommen. Da sollte sich eine Solidargemeinschaft in unserem Land entwickeln, in der diese Frage insgesamt geklärt wird und nicht das Derjenige, der die Katastrophe ausruft, auch bezahlen muss. Diese Problematik gab es ja mit Schelldorf. In Schelldorf wurde die Situation unterschätzt. Bevor das LHW mit Pumpen anrückte, hat im Stadtrat eine Woche vorher der Bürgermeister vehement um Hilfe gerungen und gebeten. Es hat ihn quasi das Wasser bis zum Hals gestanden. Man hat die Sachlage anfänglich massiv unterschätzt. Wer Eigentum hat, der weiß, was das für jeden Einzelnen bedeutet. Und jeder Einzelne hat m. E. einen Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung.

Eine andere Thematik, die ich ansprechen möchte, ist die ökologische Umwandlung des Grundwassers. Herr Dr. Aeikens hat mit seinem Ministerium dargestellt, wie problematisch es für Sachsen-Anhalt aussieht. Ich beziehe mich jetzt auf die Bau-Maßnahme A 14. Das Planfeststellungsverfahren liegt nächste Woche in unserer Stadt aus. Vorgesehen sind, Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. So wird doch tatsächlich und ernsthaft erwogen, die in den 68er und 70er Jahren in unserer Region trocken gelegten Moore und Wiesen wieder zu bewässern und zurückzubauen, obwohl wir diese Grundwasserproblematik haben. Der Gemeinderat von Lüderitz hatte sich schon vor 3 Jahren dagegen ausgesprochen. Wir wollten eine Rekultivierung eines Teiches innerorts, der 1968 mal zugeschüttet wurde, um das Oberflächenwasser und die alten Gräbensysteme wieder öffnen zu können. Denn es zeigt sich, durch die Versiegelung, die infrastrukturellen Maßnahmen und durch die Niederschlagsmenge schaffen die derzeitigen Abflusssysteme das Wasser nicht. Und wir wollten damit auch ein Zeichen setzen. Aber leider wird man ja beim Landesbaubetrieb in Halle nicht gehört, die für uns zuständig sind. Diese Ausgleichsmaßnahmen müssen m. E. gestoppt werden. So etwas kann man nicht zulassen, wenn allerorts bekannt ist, dass wir erhöhtes Grundwasser haben, das wir die Meliorationsmaßnahmen wieder zurück bauen und dadurch das Problem noch verstärken. Ich bitte Sie herzlich, Herr Landrat, dass Sie Ihren Einfluss geltend machen, das abzuändern.

Herr Wiese hat das Hochwasser im Zehrengaben auch recht gut miterlebt. Man kann wirklich nur Danke sagen an all Diejenigen, die Verantwortung übernommen und mutige Entscheidungen getroffen haben. Sonst hätten wir ganz schön nasse Füße bekommen.

Am 21. 02. 2011 wird das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt in Osterburg zu einer Veranstaltung einladen. Mit Staatssekretär Stadelmann soll die Vernässungsproblematik beraten werden. Ich denke mal, wir sollten trotzdem über zwei Dinge nachdenken und auch als Kreistag fordern. Das eine ist, dass das Land endlich mal seinen Aufgaben nachkommt und die Gewässer 1. Ordnung unterhält. Wenn ich mir den Aland angucke, da brauchen wir uns manchmal nicht zu wundern, dass nichts abläuft. Wenn nichts gemacht wird, nutzt auch eine Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung nichts. Das ist eine vehemente Forderung, und die sollten wir jetzt vor der Wahl aufmachen. Und außerdem nach diesem Hochwasser. Da haben wir alle etwas davon.

Das zweite Problem ist ein Problem, was wir im Kreis auch mit lösen müssen. Wir sollten uns ernsthafte Gedanken über die Staue machen. Das ist ein unregelmäßiges Problem und ich weiß wohl, wie schwer das alles ist. Wir haben aber doch wohl in diesem Jahr gemerkt, wie wichtig eigentlich Staue in der Uchte, Biese und in der Milde sind, denn sie haben uns ca. einen Tag das Wasser vom Hals gehalten. Es hilft uns allen überhaupt nichts, wenn wir mit der Zuordnung Probleme haben. Dann müssen Regelungen gefunden werden. Die sind manchmal eigentumsrechtlich nicht so einfach. Aber gesamtgesellschaftlich sind sie enorm wichtig und auch wichtig für die Landwirtschaft und für den Erhalt der Ökologie.

Sehr positiv finde ich, dass Staatssekretär Stadelmann am Dienstag gesagt hat, dass die Finanzierung des Endbauwerkes in Bömenzien steht und die Umsetzung zeitnah passieren wird, wer auch immer jetzt die endgültige Genehmigung erteilt.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

**zu TOP 7 Mitgestaltung des Kreistages bei der Entwicklung und Arbeit des Jobcenters Stendal
- Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 194/2010**

Der Vorsitzende bemerkt, dass dem Kreistag Formulierungsempfehlungen zum Drucksache vorliegen, die im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie im Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss behandelt und zur Weiterleitung an den Kreistag empfohlen wurden. Wenn sich dagegen kein Widerstand erhebt, könne man diese Empfehlungen zum Beschluss erheben.

Er bittet um Wortmeldungen zur Vorlage.

Herr Zimmermann erläutert, dass Ausgangspunkt der Thematik die Erkenntnis war, dass wir uns als Kreistag in der zurückliegenden Wahlperiode zu wenig in die Arbeit der ARGE, speziell des Beirates, einbringen konnten, der ja in unserem Auftrag arbeitet. Daraufhin haben wir diesen Antrag erarbeitet. Frau Dr. Paschke hat im November-Kreistag dazu eine ausführliche Begründung vorgelegt. Ich erspare mir deshalb die Wiederholung der dort genannten Dinge. Der Antrag wurde in zwei Ausschüssen bereits behandelt. So wie ich weiß, hat auch die Verwaltung mit der Arbeitsagentur einige Detailfragen dazu abgestimmt. Im Sozialausschuss wurden die vorliegenden Empfehlungen einstimmig an den Kreisausschuss weiter gereicht. Die vorgenommenen Veränderungen sind nicht so, dass Fehler enthalten waren, sondern einige Dinge waren terminlich überholt und durch den Kreistag bereits beschlossen. Der Punkt 4 beispielsweise in unserem Antrag, die Benennung von Beiratsmitgliedern, haben wir im Dezember-Kreistag beschlossen. Einige Punkte bleiben erhalten. In den Punkten 1 und 7 wurden Änderungen im Wortlaut vorgenommen, weil rechtliche Fragen eine Rolle spielten. Der Punkt 7 ist unseres Erachtens einer der wesentlichen Punkte dabei. Hier geht es um die Einrichtung einer Beschwerde- bzw. Schlichtungsstelle. Im Sozialausschuss und im Kreisausschuss wurde diese Thematik noch einmal diskutiert und rechtliche Probleme dabei betrachtet. In der Begründung unseres Antrages hatten wir auf positive Beispiele der Stadt Pirmasens hingewiesen, die es mit einem ganz bestimmten Widerspruchsverfahren erreicht haben, dass die Anzahl der Klagen vor dem Sozialgericht auf ein Minimum zurück gedrängt werden konnten. Des weiteren hatten wir als Beispiel eine Vorlage des Kreistages Dahme-Spreewald genannt. Inzwischen ist es ein Beschluss. In den beiden Ausschüssen ist gesagt worden, dass diese Dinge rechtlich kompliziert sind. Im Fall Pirmasens gibt es ein Landesgesetz, das diese Widerspruchsstelle möglich macht. Bei uns würde das rechtlich problematisch sein. Da fällt mir eigentlich nur ein zu sagen, dass eine sehr sinnvolle Aufgabe für den neu zu wählenden Landtag wäre, ab März/April in Angriff zu nehmen, ein entsprechendes Landesgesetz zu schaffen. Denn es geht uns ja nicht darum, dass die eine oder andere Seite irgendwo Recht bekommt, sondern es geht in erster Linie darum, dass die Anzahl von Klagen vor dem Sozialgericht minimiert werden, indem vorher eine entsprechende Beratung oder auch evtl. Schlichtung durchgeführt wird.

Zusätzlich ist im Kreisausschuss im Punkt 7 die Terminstellung 30.06.2011 für einen Zwischenbericht an den Kreistag aufgenommen worden. Ich denke, der Landrat könnte im April-Kreistag bereits über erste Erfahrungen auf dieser Strecke berichten, damit wir ständig auf dem Laufenden sind.

Die Einrichtung einer solchen Stelle, sei es Beratungsstelle, Schlichtungsstelle oder wie man sie auch immer nennen mag, macht unseren Erachtens nur Sinn, wenn die Einrichtung in der Vereinbarung, die wir nachher mit der DS 195/2011 beschließen werden, verankert ist. Wir haben deshalb vorgeschlagen, im § 8 Absatz 4 der Vereinbarung zwischen den Trägern des Job-Centers einen Passus mit folgendem Wortlaut aufzunehmen: „Zur Reduzierung der Anzahl von Widersprüchen bzw. Klagen wird durch die Träger eine geeignete Kommunikationsstelle (Beratung/Schlichtung) eingerichtet.“

In den Beratungen gab es unterschiedliche Auffassungen über die Aufgabenstellungen einer solchen Beratungs- oder Schlichtungsstelle. Angesichts der weiterhin zu hohen Anzahl von Bedarfsgemeinschaften darf nicht nur der Aspekt der Beratung betrachtet werden, wie es in den Beratungen oft anklang, sondern muss im Sinne der Betroffenen und im Sinne der Reduzierung von Verfahren vor den Sozialgerichten auch davon ausgegangen werden, dass neben den Verständigungsproblemen, die man in der Beratung ja durchaus ausräumen könnte, es auch Fehler bei der Bewilligung von Leistungen gibt. Denn sonst wären so viele Klagen nicht erfolgreich. Die Beratung ist also eine Seite. Man muss aber auch über die Beratung hinaus gehen, um solche Probleme im Vorfeld lösen zu können. Das wird nicht in jedem Fall machbar sein.

Ich bitte unserem veränderten Antrag zuzustimmen und möchte gleichzeitig zum Ausdruck bringen, dass wir unter Einbeziehung der Veränderung der Vorlage 195/2010 dieser auch zustimmen können.

Herr Kühnel erklärt, dass Herr Zimmermann schon das Wesentliche hier angeführt hat. Im Besonderen möchte ich mich auf seine Ausführungen im Sinne von geeignete Stelle beziehen. Das war letztendlich der Kompromiss, den wir alle gefunden haben. Denn wir wollen ja hier nicht im rechtsfreien Raum agieren und den Betroffenen

etwas suggerieren, was wir nicht halten können. Den Betroffenen soll geholfen werden. D. h., den Antragsstellern, aber auch dem Gesetz soll Genüge getan werden. Und das heißt letztendlich, die 4 Mitarbeiter der Beratungsstelle sollten auch das Recht haben und mit Kompetenzen ausgestattet werden, Kleinigkeiten an Ort und Stelle zu beseitigen. Denn sonst brauchen wir solch eine Stelle nicht.

Genauso wichtig ist für uns die Einrichtung im Beirat. Hier sind viele Akteure zusammen. Da gibt es dann genügend Ideen, die zusammen getragen werden können, um geeignete Projekte zu erdenken, wie man den Betroffenen helfen kann, damit sie wieder in Arbeit kommen. Deshalb stimmen wir auch der veränderten Vorlage zu, unter dem Aspekt, dass eine geeignete Form gefunden wird, mit der Beschwerden reduziert werden können. Natürlich ist es so, dass man diese Schlichtung nicht erfolgreich durchführen kann, wenn Jemand grundsätzliche Einwände hat. Dann muss man als letzten Weg das Gericht bemühen. Vielleicht gelingen uns ähnliche Modelle wie in Pirmasens oder im Landkreis Dahme-Spreewald. Im Kreistag Dahme-Spreewald ist ja von CDU und SPD ein Antrag gestellt worden, im Landkreis eine Schlichtungsstelle einzurichten. Dem Antrag wurde zugestimmt. Hier gab es den gesetzlichen Rahmen auch nicht. Die Beteiligten - Landrat und ARGE - sollten sich zusammensetzen und eine geeignete Form für den Landkreis finden.

Der Landrat meint, dass es in der Tat ein geeigneter Zeitpunkt ist, im Rahmen der Umstrukturierung der früheren ARGE in das kommunale Job-Center dass eine oder das andere mit den Erfahrungen von 5 Jahren ARGE auf den Prüfstand zu stellen. Man muss sehen, ob man das eine oder das andere im Sinne der Betroffenen, aber auch im Sinne der gemeindlichen Ebene, was die Arbeitsmarktpolitik betrifft, zukünftig noch besser gestalten kann als bisher.

Zur Problematik Schlichtung/Beratungsstelle ist in den letzten Tagen sowohl mit der Geschäftsführung der Agentur also auch mit dem Geschäftsführer der ARGE noch einmal gesprochen worden. Wir sind dabei, diese Beratungsstelle jetzt erst einmal einzurichten. Herr Kühnel hat im Kreisausschuss vor 14 Tagen gesagt, dass da die besten Mitarbeiter hin müssen. Die Beratungsstelle muss dann so funktionieren, dass überall bekannt ist, dass das, was der Mitarbeiter dort berät und sagt, in Ordnung und richtig ist. Entweder wird der Information geglaubt, dass der Bescheid keinen Fehler enthält oder man stellt einen Fehler fest, sodass der Betroffene in Widerspruch gehen kann. Ich hoffe, zum 30. Juni 2011 schon einpaar Zahlen vorlegen zu können, so das wir dann sehen, ob sich durch die Beratungsstelle die Zahl der Widersprüche reduziert. Denn das war wirklich ein Thema in den ersten 5 Jahren. Wenn es wirklich wirkt, dann haben wir als einer der Träger auch soviel Freiheiten, noch eine Stelle aufzustocken, denn ein Großteil der Widersprüche bezieht sich auf unseren Part KdU. Die Beratungsstelle muss sich aber selbst erst einmal unentbehrlich machen. So sehen wir es im Moment. Mit dem gefundenen Kompromiss ist die Agentur einverstanden.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt sodann über den Antrag der Fraktion Die LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen, einschließlich der Formulierungsempfehlungen des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses, abstimmen.

einstimmig beschlossen

zu TOP 8 Umsetzung der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)
Vorlage: 195/2010

Der Vorsitzende bemerkt, dass Herr Zimmermann bereits im TOP zuvor auf den Zusatz in der Vorlage hingewiesen hat. Im § 8 Absatz 4 soll folgende Formulierung aufgenommen werden:

„Zur Reduzierung der Anzahl von Widersprüchen bzw. Klagen wird durch die Träger eine geeignete Kommunikationsstelle (Beratung/Schlichtung) eingerichtet.“

Er bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage Drucksache Nr. 195/2010, einschließlich dem o. g. Zusatz im § 8 Absatz 4, abstimmen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 9 Entsendung weiterer Vertreter des Landkreises Stendal in den Aufsichtsrat der ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH Stendal
Vorlage: 210/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

einstimmig beschlossen

zu TOP 10 Anfragen und Hinweise

Herr Stapel äußert, dass man sicher schon mitbekommen hat, dass es seit einiger Zeit und von jetzt an wahrscheinlich noch öfter Atomtransporte durch unseren Kreis gibt. Der nächste ist in ungefähr 14 Tagen angesagt. Ob er wirklich hier durchgeht, wissen wir alle noch nicht. Ich würde gerne den Landrat fragen, ob es für unsere Region, für unseren Kreis entsprechende Katastrophenschutzpläne gibt? Immerhin kann es Unfälle geben. Es gibt eine Menge Chaoten, die den Transport unfriedlich stören wollen.

Der Landrat antwortet, dass es natürlich Katastrophenschutzpläne gibt. Wir haben ja schon mehrmals hier in unserem Landkreis die Katastrophe ausgerufen. Inwieweit jetzt aber im Detail und aktuell die von Herrn Stapel beschriebene Problematik in den Katastrophenschutzplänen ausreichend Berücksichtigung findet, da bin ich im Moment überfragt. Ich würde es aber als Hinweis auffassen. Wir werden uns die Pläne mal ansehen und gegebenenfalls Veränderungen oder Ergänzungen vornehmen.

Herr Kloth sagt Herrn Stapel zugewandt, ich wundere mich ein bisschen über die Frage, denn ich denke, dass Sie doch schon einige Jahre in der Materie drinne stecken. Fakt ist, dass diese Transporte durch das Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt werden. Insofern hat der Landkreis nichts dazu beizutragen. Ich kann Sie nur bitten, auf die Internetseite des BfS zu gehen. Dort werden Sie sicherlich die Antwort des BfS auf eine Anfrage des Landkreises Lüchow-Dannenberg finden. Diese kam als Stellungnahme zur Frage, ob nicht ein spezieller Katastrophenschutzplan für den Castortransport nach Gorleben erstellt werden muss. Die Antwort des BfS kann man in einem Satz zusammen fassen: Katastrophenschutzplan nicht notwendig, da Katastrophe nicht eintreten kann. Der Grund dafür ist der Castorbehälter, der in der Firma, in der ich arbeite, hergestellt wird. Es sind Typ B (U)-Versandstücke, sogenannte unfallsichere Versandstücke, die Unfällen bis hin zum gezielten Flugzeugabsturz standhalten. Insofern droht dem Landkreis Stendal weder beim Transport durch Seehausen und Stendal noch sonst wo eine Katastrophe, sonst wäre dieser Transport nicht genehmigungsfähig.

Herr Wulfänger bemerkt, dass in der letzten Sitzung des Kreistages der Haushalt beschlossen worden ist. Nun stellt man sich die Frage, wie ist es damit weiter gegangen? Ich war gestern zur Anhörung beim Landesverwaltungsamt. In den letzten Jahren hatten wir bei der Genehmigung immer Probleme mit dem Verwaltungshaushalt. Die gute Nachricht ist, diese Probleme wird es mit diesem Haushalt nicht geben. D. h., es gibt zwar hier einpaar Ecken und Kanten, wie die Personalentwicklung, die noch einmal näher nachzuweisen ist, aber im Großen und Ganzen ist der Verwaltungshaushalt kein Problem. Wir konnten die Konsolidierung nachweisen und auch der Abbau des strukturelles Defizits war kein Problempunkt.

Probleme gab es aber beim Vermögenshaushalt. Hier wurde jede einzelne Position und jede 1.500 € diskutiert. Dies erfolgte vor dem Hintergrund, dass das Landesverwaltungsamt unsere Kreditaufnahme reduzieren möchte. Der Kreistag hat knapp 1,2 Mio. € Kreditaufnahme beschlossen. 480 T€ sind jetzt strittig. Bis Montag haben wir Zeit nachzuweisen, dass die Maßnahmen, die sich hinter den 480 T€ verbergen, rechtlich und zeitlich unabweisbar sind. Wenn wir das nachweisen können, dann bekommen wir eine Genehmigung so ähnlich wie die vom letzten Jahr mit der haushaltswirtschaftlichen Sperre des Vermögenshaushaltes. Wir sollen sparen, um in der Kreditgenehmigung runter zu kommen. Wir konnten auch im letzten Jahr mit der Kreditgenehmigung bei der Haushaltsgenehmigung Geld sparen. Wir sind hier noch einmal am rechnen. 200 T€-300 T€ werden wir wohl sparen können. Im günstigsten Fall bekommen wir eine Genehmigung wie im letzten Jahr. Im ungünstigen Fall wird man uns das nicht alles anerkennen. Der Kredit wird reduziert werden müssen. Und das heißt dann wieder

Beitrittsbeschluss, der im April-Kreistag Thema sein wird. Wenn der Kredit reduziert wird, muss diskutiert werden, welche Maßnahmen aus dem Vermögenshaushalt heraus genommen werden. Der Vorteil der ersten Variante ist, dass der Landkreis nächste Woche Freitag handlungsfähig wäre. Bei der zweiten Variante müssen wir bis April warten.

Herr Jesse denkt, dass man Herrn Stapel falsch verstanden habe. Er hat vielleicht die Katastrophen gemeint, die neben dem Castortransport entstehen. Ist da der Kreis vorbereitet? Denn, was in Magdeburg passiert ist, war ja eine Katastrophe. Wochenlang konnten Bahnpassagiere nicht mehr die gewohnte Bahn nutzen, sind mit Ersatzbussen gefahren etc. und haben gefroren. Das haben wir alles erfahren. Aber von den Ursachen dieser Katastrophe haben wir nichts erfahren. Der Landrat möge sich also schon auf Katastrophen vorbereiten, die daneben inszeniert werden.

Es gibt aber einen ganz anderen Punkt, den ich ansprechen will. Wie wir hier auf diesem Gebiet von einer terrorisierenden Minderheit betroffen werden, so vergleiche ich das mittlerweile auch bei der Autobahn und bei allen Investitionen. Es äußern sich in der Mehrheit die Menschen, die Autobahn-Gegner sind. Die Mehrheit aber, die dafür ist, schweigt. Das hatten wir unter einer Demokratie in Deutschland schon einmal, dass Minderheiten die Richtung in Deutschland bestimmt haben.

Zur Autobahn: Wenn ich den letzten Zeitungsartikel von Herrn Stapel lese, gehört sehr viel Unverfrorenheit dazu, diesen zu schreiben. Wenn man Pächter von 50 Landeigentümern ist und ständig Flächen dazu kommen, dann betreiben wir eine intensive Verpächterpflege. Gehen Sie mal in die Familien. Die Leute leiden darunter, dass ihre Kinder nicht mehr hier vor Ort sind, weil sie keine Arbeit finden und beispielsweise im Rheinland eine Beschäftigung haben. Es ist ein sehr großer Anteil. Und wenn uns dann so eine Demagogie gesagt wird, die B 189 ist dieser Ausweg, die B 189 ist auszubauen, dann werden wir 10 Jahre in die Steinzeit zurück getrieben. Sie brauchen vielleicht die dreifache oder vierfache Zeit, um von Stendal nach Magdeburg zu kommen, weil überall Baustellen sind. Das hat mit sehr viel Ignoranz zu tun. Diese Leute, die so etwas erklären, die würden von Magdeburg nach Halle fahren und würden sagen, hier ist die letzten 20 Jahre gar nichts passiert. So mutig, so ignorant sind diese Leute. Ich bitte den Kreistagsvorstand, dass in einer aktuellen Debatte mal über die A 14 gesprochen wird, damit die Öffentlichkeit erfährt, dass der Kreistag in seiner Mehrheit absolut für den Bau der Autobahn ist.

Herr Kühnel sagt, mein Vorredner spricht hier allen aus der Seele. Wir haben ja den Fall gehabt, dass die Grünen zeigen wollten, dass es sehr viele Autobahn-Gegner gibt und Unterschriften entgegen genommen haben. Auf dieser Veranstaltung waren wir 10 zu 1. Es waren 10 Befürworter gegen einen Autobahn-Gegner. Ich denke, das spiegelt so ungefähr die Mehrheitsverhältnisse wider. 90 % dafür und 10 % dagegen. Und damit kann man leben. Das ist Demokratie. Der Kreistag hat eindeutige Beschlüsse hierzu. Auch in der Debatte im Bundestag ist gesagt worden, dass die Kommunen eindeutige Beschlüsse haben. Morgen wird die Thematik noch einmal im Landtag diskutiert. Dann denke ich mir aber, gehen wir zügig vorwärts. Herr Jesse hat aber Recht. Überall da, wo man so tut, als wenn die Bevölkerung gegen die Autobahn ist, muss man aktiv werden und muss man Stellung beziehen. Es muss sich die Mehrheit mal auf den Weg machen, damit auch die Gerichte sehen, hier muss zügig gebaut werden, denn wir haben viel zu lange gewartet.

Herr Krebber versucht, in der ganzen Diskussion um die A 14 einen respektvollen Umgang miteinander zu haben. Ich möchte nicht der Demagogie verschrien werden. Das Bundesfinanzministerium hat untersucht, ob es Beschäftigungsaspekte durch Autobahnen gibt. Die Studie vom Bundesfinanzministerium wird völlig ignoriert, die da aussagt, gerade in demographisch schwachen Räumen mit Abwanderungen sind keine sichtbaren Verbesserungen zu erwarten. Wer belegt diese ganzen Hoffnungen und warum werden die Alternativen nicht mal richtig untersucht? Als Unternehmer im sanften Tourismus bin ich für meinen wirtschaftlichen Standort durch die A 14 persönlich direkt betroffen. Es geht nicht nur darum, dass ich hier Demagogie betreibe, sondern ich versuche, die Bürger auch an Informationen heran zu führen. Aktuell jetzt in Seehausen. Sie müssen wissen, dass sie durch die A 14 auch einen Stadtforst aufs Spiel setzen. Ich möchte einfach nur die Wahrnehmung stärken, worum es uns geht. Für mich hat es mit Demagogie nichts zu tun, dass man sagt, es geht nichts anderes als die A 14. Aber ich sage nicht, dass das Demagogie ist. Ich werde hier als Demagoge verschrien. Ich fühle mich so angesprochen. Und dann wird hier auf das „Dritte deutsche Reich“ angespielt. Das betrachte ich als persönliche Verletzung. Ich will mich weiterhin für eine inhaltliche und sachliche Auseinandersetzung einsetzen. Es geht ja auch darum, wie wir die A 14 gestalten, wenn sie dann kommt. Es geht ja nicht nur um Dafür oder Dagegen. Ich möchte gerne eine mehr sachlichere Diskussion um die Ressourcen haben, die wir meiner Meinung nach hier verschwenden, indem wir alle Gelder auf die A 14 konzentrieren. Und was im Bundesverkehrswegeplan in Zu-

kunft passiert, wissen wir auch noch nicht so richtig genau. Die A 14 ist in der Planung. Der Widerstand ist Teil des Planungsverfahrens. Die Einsprüche und die Erörterungstermine, die gehören alle dazu. Wir als Bürger und als Kreistag sind auch gefragt zu gucken, wie die A 14 gestaltet wird. Was setzen wir dafür aufs Spiel? Und wenn sie gebaut wird, muss uns bewusst sein, auch die Bauern, wie viel Hektar wir da einsetzen.

Ich wünsche mir eine sachliche Diskussion. Ich bin im Kreistag, weil ich demokratisch arbeiten möchte. Das ist mein erster Beitrag, den ich hier halte. Ich hätte ihn hier gerne nicht als Demagogieabwehr betrieben. Aber ich fühle mich von Herrn Jesse wirklich verletzt. Ich kenne ihn als Politiker und als Bauern. Auch ich bin ein Bauernsohn. Aber ich verfolge eine andere Agrarpolitik. Und für mich ist die A 14 eine Bedrohung für die Landwirtschaft.

Herr Kühnel bemerkt, dass Herr Jesse einen Vorschlag unterbreitet hat. Den finde ich sehr konstruktiv. Im Kreistag wird des öfteren mal eine aktuelle Debatte durchgeführt. Die Autobahn sollte im April-Kreistag Thema einer aktuellen Debatte sein, verbunden mit einer namentlichen Abstimmung, wer dafür ist und wer dagegen. Dann können wir uns Demokraten mal in Mehrheitsverhältnissen gegenüber stehen. Das Ergebnis akzeptieren wir dann alle. Und dann werden wir sehen, wie die Mehrheit ist.

Herr Berlin meint, dass man bei Statistiken geteilter Meinung sein kann. Es hat mal Jemand gesagt, glaube nur der Statistik, die du selber gefälscht hast.

In der Altmark sind wir eine Minderheit von der Bevölkerung her, nämlich in Deutschland. Von der großen Fläche her sind wir keine Minderheit. Es ist schwierig, unsere Interessen in diesem großen Deutschland und auch im Bundestag durchzusetzen. Und da finde ich es nicht so schön, dass über unseren Raum so entschieden wird. Die Autobahn sollten wir als Chance für die Region begreifen. Ich möchte schon ganz gerne, dass meine Kinder in der Nähe bleiben und Chancen erhalten. Viele sind aber schon gegangen und viele möchte gerne wiederkommen. Das Land hat ein Programm für junge Leute, die gerne wiederkommen sollen. Wir sollten die Autobahn nicht zerreden. Wir sollten lieber darüber reden, wie wir die Menschen, die durch diese Autobahn beeinträchtigt werden und hier wohnen und arbeiten, besser schützen und unterstützen können. Es gibt viele, die Befürchtungen und Ängste haben, weil die Autobahn ziemlich dicht heran kommt. Schallschutz, Landwirtschaft, Flächenverteilung, Hochwasser, etc. seien hier genannt. Da sollte man den Menschen helfen. Herr Jesse hat Recht gehabt. Es gehen leider immer mehr Gegner auf die Straße wie die Befürworter. Also müssen wir uns positionieren, dass wir für die Autobahn sind. Und das ist Demokratie.

Herr Borstell bemerkt, dass man dann ja über die wirtschaftlichen Aspekte auch reden kann. Da gibt es unterschiedliche Ansichten. Die Befürworter sehen es positiv. Die Gegner nicht.

Herr Borstell will noch einmal auf die Ausführungen von Herrn Jesse zurück kommen und sagt an ihn gerichtet, dass die Wortwahl „Drittes Reich“ nicht hier her gehört. Jetzt eine Beziehung zum „Dritten Reich“ herzustellen, Herr Jesse, das können Sie nicht machen.

Herr Zimmermann will zur inhaltlichen Seite nichts weiter sagen. Aber die Wortwahl von Herrn Jesse war vollkommen fehl am Platz. Er hat den Begriff Demagogie benutzt. Er bezeichnet Menschen, die gegen etwas sind und dieses dagegen auch begründen, als Demagogen. Herr Stapel hat die Argumente gegen die Autobahn in seinem Leserbrief begründet. Ob sie stimmen oder nicht, darüber gibt es unterschiedliche Ansichten. Solche Menschen kann man nicht in diese Ecke stellen, wie Herr Jesse es getan hat. Und das möchte ich hier noch einmal ganz deutlich betonen.

Herr Janas möchte zu einigen Punkten Anfragen an die Kreisverwaltung stellen bzw. Möglichkeiten aufzeigen, wie evtl. der Schulausschuss aktiv werden kann. Es geht mir um die Frage, inwieweit wir dem entsprechen, was wir beschlossen haben, nämlich die Schulen im Landkreis zu sanieren. Entsprechen sie dem Standard der heutigen Zeit? Das beste Beispiel haben wir heute in der Zeitung lesen können. In Bismark ist ein Objekt übergeben worden. Im Landkreis laufen noch andere Maßnahmen, die der Kreistag ebenfalls unterstützt. Ich möchte jetzt aber für meinen Bereich, dem Osterburger Bereich sprechen. Es ist mir die Frage der Burgstraße angetragen worden, und hier insbesondere das sogenannte D-Gebäude vom Gymnasium Osterburg. Wir haben beschlossen, dass es saniert und zu einem musisch-kulturellen Zentrum wird. Der stellvertretende Schulleiter und auch der Schulleiter sind an mich heran getreten und haben einige Probleme aufgeworfen. Diese Probleme möchte ich öffentlich darstellen und erwarte auch Antworten. Wenn sie nicht hier gegeben werden können, dann erwarte ich

die Antworten im nächsten Schulausschuss, der am 15. Februar stattfindet, um diese Probleme vielleicht zu bereinigen.

Für die Ausgestaltung der Schulräume in dem musisch-kulturellen Zentrum wurde das Inventar beschlossen. Es wurde aber auch beschlossen, bestimmte Gegenstände zu kaufen bzw. dort einzulagern, damit sie genutzt werden. Z. B. braucht man eigentlich für den Kunstunterricht am Gymnasium einen Brennofen. Der ist Standard in allen anderen Einrichtungen des Landkreises. Wie er genutzt wird, ist sicherlich eine andere Frage. Aber gerade unsere Kunstlehrer brauchen diesen Brennofen. Der Brennofen wurde im Vorfeld genehmigt. Man hat sogar bei den Baumaßnahmen extra etwas abgetrennt, damit dieser Brennofen installiert werden kann. Was passiert aber? Der Schulleiter hat mich darüber unterrichtet, dass man diesen Brennofen gestrichen hat. Eine Begründung hierfür gab es nicht. Ich möchte hier gerne wissen, warum die Streichung erfolgt ist?

Es sind aber noch einzelne andere Dinge, die ich aufzählen möchte. So z. B. die Frage der Tische im Kunstraum. Hinsichtlich der Tische wurden die Kollegen befragt. Die Kunstlehrer haben eindeutig gesagt, was man sich unter dem Tisch im Kunstraum vorstellt. So sollte er bestimmte Maße (75 mal 75) haben und schlicht und einfach sein. Eine Ablage war ebenfalls gewünscht. Man konnte sich sogar die Farbe aussuchen (in gelb). Angekommen sind zwar die Tische in der gewünschten Farbe, nur die Tische sind zu klein. Da fragt man sich, wie kann das sein?

Des Weiteren geht es um die Frage der Tafeln. Das Gebäude, das man saniert hat, ist ein sehr altes Gebäude. Es stand jahrelang leer. Die alten Tafeln hat man abgebaut. Sie wurden in der Berufsschule in Stendal eingelagert. Vorgesehen waren für einige Räume Tafeln in White-Wort, die man interaktiv, also auch hinsichtlich des Internets, nutzen kann. Man hat auch diese Sache gestrichen. Man hat natürlich dafür gesorgt, dass ein Ersatz kommt. Man möchte jetzt wieder die alten Tafeln, die hier in Stendal eingelagert sind, installieren. Für den Musikunterricht bedeutet das eine alte Tafel, die nicht mal die Möglichkeit hergibt, Noten zu zeichnen. Man fragt sich jetzt wirklich, ob es nötig ist, alte Sachen wieder zu installieren. Herr Raden könnte da sicherlich ein gutes Beispiel geben, wenn das Inventar nicht ausreicht. Die Stadt Osterburg wird demnächst noch einpaar Stühle entsorgen. Überspitzt sage ich, dass man auch diese alten Stühle mit in dieses Gebäude bringen könnte.

Es sind noch einige Punkte mehr, die hier anstehen. Der stellvertretende Schulleiter hat geäußert, wenn man die Streichlatte weiter so durchführt, dann kann man das Gebäude ab dem 01.04. nicht so nutzen, wie man es sich eigentlich vorgestellt hat. Deshalb bitte ich, die Gründe hierfür von der Verwaltung noch einmal zu überprüfen und sich mit der Schulleitung in Verbindung zu setzen. Gleichzeitig sollte man im Schulausschuss dazu Stellung nehmen, warum man hier streicht und wer streicht. Warum gerade hier in Osterburg? Warum erfährt auch der Schulausschuss nichts über evtl. Probleme, die sich an diesem Bau aufgetan haben? Z. B. bei der Dachsanierung. Auch dazu sollte man Stellung nehmen und sagen, welche Probleme sich ergeben. Weiterhin möchte ich gerne wissen, ob in diesem Schuljahr auch mit Problemen bei den nächsten Investitionen zu rechnen sind? Z. B. in der Sekundarschule Osterburg? Wird im Vorfeld dort auch etwas gestrichen bzw. werden Maßnahmen durchgeführt, die dazu führen, dass die Sanierung in der Sekundarschule Osterburg evtl. auch nicht so läuft, wie sie eigentlich laufen sollte?

Zu diesen Problemen hätte ich gerne Antworten zur nächsten Sitzung des Schulausschusses.

Ich möchte noch eine zweite Anfrage stellen. Es geht mir um ein Problem, dass wir in der Altmärkischen Höhe in einzelnen Bereichen haben. Es betrifft die Breitbandversorgung. Der Bürgermeister der Stadt Osterburg und der Stadtrat sind sehr aktiv hinsichtlich der Frage der Breitbandversorgung. Es ist ein Problem bei uns in der Altmark bzw. Richtung Flessau und Gladigau. Im Grunde genommen haben wir kein Breitband. Wir haben ISDN. Jeder weiß, was es heißt ISDN oder analoge Verbindung. Für uns stellt sich die Frage, wann kommt die Breitbandversorgung? Ich sehe zur Zeit kein Licht am Horizont. Inwieweit kann die Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit der Stadt Osterburg dafür sorgen, dass Bewegung auch in dieses Gebiet kommt? Denn es ist ein wirklicher Wettbewerbsnachteil, den wir haben. Dieser Wettbewerbsnachteil sollte irgendwann ausgelöscht sein. Die Bundesregierung hat gerade für unsere Gebiete Förderung versprochen. Ich frage mich, wo ist die Förderung gerade hier in der Altmark?

Es gibt einen dritten Punkt, den ich ansprechen muss. Der Ortsbürgermeister von Osterburg und einige Stadträte haben ein kleines Problem mit der sogenannten Bushaltestelle in der Krumker Straße. Diese Bushaltestelle ist errichtet worden. Wir haben uns gewundert, wie schnell das ging. Auf Nachfrage beim Bürgermeister war seine Aussage, dass der Kreis dafür zuständig ist. Mittlerweile hat man dort etwas gepflastert. Jetzt sieht es so aus, als

ob es eine stationäre Bushaltestelle sein wird; also für immer. Man sollte sich diese Bushaltestelle mal anschauen. Wenn dort 50 Schüler stehen, kann kein Passant mehr durchgehen. Sie ist in keiner Weise wettergeschützt. Wenn es wirklich so sein sollte, dass es eine Bushaltestelle für die Zukunft ist, so stellt sich die Frage, was für Kosten auf den Landkreis bzw. vielleicht auf die Stadt zukommen, um diese Bushaltestelle als Bushaltestelle wirklich zu etablieren. Mittlerweile halten dort 3 Busse. Warum hat man die Bushaltestelle dort errichtet? Wir haben eigentlich nach dem Schnittstellenprogramm in Osterburg eine gut funktionierende Bushaltestelle am Bahnhof. Der Bus fährt 500 m an dieser Anlage vorbei, um anschließend einen kleinen Umweg durch Osterburg zu machen, um in die Krumker Straße zu kommen und dann über die alte Seehäuser Straße wieder raus zu fahren. Die Frage, warum musste diese Bushaltestelle dort errichtet werden, möchten wir gerne beantwortet haben, auch als Stadtrat.

Der Landrat möchte mit der letzten Frage von Herrn Janas anfangen. Mit dieser Bushaltestelle konnte erreicht werden, dass für einen Großteil der Schüler aus dem Bereich Seehausen und noch weiter nördlicher Richtung sowohl früh bzw. nachmittags die Gesamtfahrzeit jeweils um eine Viertelstunde gekürzt werden konnte. Das haben wir teilweise mit der Stadt abgestimmt. Ich hatte letztens auch noch einmal ein Gespräch mit dem Schulleiter, der zwar einpaar Sicherheitsbedenken äußerte, der aber auch gesagt hat, wir schauen uns das einpaar Wochen an, ob die Sicherheitsprobleme wirklich so sind, wie sie von ihm befürchtet wurden. Und wenn wir uns dann einigen, soll es eine dauerhafte Einrichtung werden. Wir werden auch Maßnahmen finden, um es abschließend zu gestalten.

Zur Breitbandversorgung gibt es verschiedene Programme sowohl des Bundes als auch des Landes. In unseren Kreis sind in den letzten 1 1/2 Jahren bereits Fördermittel geflossen. Nach wie vor ist es aber schwierig, eine flächendeckende Versorgung hinzubekommen. Insbesondere Herr Wulfänger mit seinem Team aus der Wirtschaftsförderung ist dabei, verschiedene Konzepte durchzusprechen bzw. sich in anderen Ländern umzusehen, ob sie weiter sind oder was sie gemacht haben, wenn sie weiter sind und können wir das eine oder andere übernehmen. Dazu findet in 14 Tagen gemeinsam mit unseren Salzwedler Kollegen ein Erfahrungsaustausch zur Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein statt. Ich will sagen, was möglich ist, versuchen wir hier auch möglich zu machen und soviel als möglich Fördermittel für eine bessere Versorgung zu erreichen.

Zur Problematik Schulausstattung hat eigentlich Herr Wulfänger im Beitrag zuvor bereits die Antwort gegeben. Wie gesagt, war er gestern in Halle. Er hat es ja angedeutet. Jede 1.500 € sind zu begründen. Es ist nachzuweisen, dass die Maßnahme nicht unabweisbar ist. Und wenn die Tafel noch einigermaßen zu nutzen ist, dann ist sie zu nutzen. Dann ist es nicht unabweisbar, eine neue Tafel zu kaufen. Auch im Bismarker Bereich gab es einige Möbelstücke, die zu gebrauchen waren und die wir umgesetzt haben.

Frau Theil will zum Kunstkabinett, die Tische und Stühle betreffend, etwas sagen. Es erfolgte eine Falschlieferrung. Sie gehen zurück und es kommen neue. Das ist ein Fehler, der passiert ist. Alles andere hat Herr Wulfänger gesagt. Es ist nicht verabredet worden, dass alles neu angeschafft wird. Wir haben gesagt, wir lagern ein und die Möbel werden dann wieder benutzt. Bezogen auf Bismark sei gesagt, dass es nicht nur so einpaar Möbelstücke sind. Der Schulleiter hat gesagt, mit unseren Möbelstücken ziehen wir in die neuen Räume. Unbenommen dessen werden wir die Problematik vorbereiten und dem Schulausschuss vorlegen.

Herr Janas sagt u. a. an den Landrat gerichtet: Ich habe schon verstanden, was Herr Wulfänger vorhin gesagt hat. Sie sagten selber, dass Herr Wulfänger gestern in Halle gewesen ist. Diese Streichaktion ist aber nicht gestern passiert, sondern läuft schon seit 14 Tagen. Ich staune jetzt ein kleines bisschen darüber, wie das jetzt klappen konnte. In Halle spricht man den Haushalt gestern durch, 14 Tage vorher hat man aber schon die Streichung durchgeführt. Und das ist eigentlich das, was mich daran stört.

An Frau Theil gerichtet sagt Herr Janas, dass keine Schränke im Kunstraum vorhanden sind. Wo sollen wir die Schränke hernehmen? Wir haben ein neues Gebäude bekommen. Wir sind froh darüber, dass wir es haben. Im Raum gibt es keine Ablagen. Was soll denn hier noch passieren? Wir können es mit dem Inventar so belassen wie es ist. Wir nehmen das alte, was da ist. Aber auch das alte ist nicht vorhanden.

Der Vorsitzende bittet darum, weitere Detailfragen diesbezüglich direkt an das Fachamt zu richten oder in die entsprechenden Ausschüsse. Im Kreistag können sie nicht beantwortet werden, weil sie zu detailliert sind.

